

Diese Session war geprägt durch viele, gewichtige Politgeschäfte und gleichzeitigem Fussballfieber, das unüberseh- und hörbar durchs Bundeshaus flutete. Während im Ständerat hitzig diskutiert und gerungen wurde, nahmen die orangen Holländer die Bundesstadt auf friedliche Art ein und die pulsierende Internationalität war wohltuend.

Ein wichtiges Geschäft im Ständerat war die Vorlage zur Finanzierung der Infrastrukturen des öffentlichen Verkehrs (FinöV). Es ging dabei um den Verzicht von lange geplanten und auch bewilligten Infrastrukturbauten (z.B. Zimmerbergtunnel, Brüttenertunnel, Wiesenbergtunnel usw.) zugunsten der immer teurer werdenden NEAT und einem moderaten, flächendeckenden Eisenbahnnetzausbau zugunsten der Verkehrsflüsse im ganzen Lande. Schon in der Kommission war es mir ein wichtiges Anliegen, von der SBB und dem Bundesamt bessere Unterlagen und Informationen zu erhalten zu Fragen der Auslastungen, Entwicklung der Personen- und Güterströme und der heutigen Engpässe. Leider blieben die Antworten oft an der Oberfläche. Ich pochte darum darauf, dass künftig klarer aufgezeigt wird, was der volkswirtschaftliche Nutzen der Investitionen wirklich ist, und was das für die Infrastrukturbauvorhaben heisst.

Auch die Abschaffung der Lex Koller gab viel zu reden. Ich wandte mich gegen eine Abschaffung, solange die raumplanerischen flankierenden Massnahmen auf Stufe Bund und Kantone nicht griffig bereitstehen.

Obwohl wir Grünliberalen uns im National- wie Ständerat für die Aufhebung des Zulassungsstopps für Ärzte einsetzten, wurde leider die Verlängerung beschlossen. Wir werden uns in den nächsten Monaten in unserer Arbeit dafür einsetzen, dass bald eine bessere Lösung gefunden wird. Die Ablehnung des Verfassungsartikels an der Urne gibt uns auch den Auftrag dazu.

Viele klimapolitisch wichtige Vorstösse wurden im Ständerat überwiesen. Ein Umdenken ist spürbar und nur einige wenige Unbewegbare glauben immer noch, dass kein Handlungsbedarf besteht.

Glücklich waren wir wohl alle, als endlich feststand, dass die Fragen der bilateralen Verträge bezüglich Personenfreizügigkeit und Erweiterung mit Rumänien und Bulgarien in einer einzigen Vorlage unserer Bevölkerung vorgelegt wird. Dadurch wird auch festgehalten, dass es keine „à la carte Auswahl gibt“ in diesem Thema und es wird unsere Aufgabe sein, dies auch engagiert so im Abstimmungskampf einzubringen.

Bei diesem aber auch bei vielen weiteren Geschäften (IV- Zusatzfinanzierung, Gesundheitsgeschäfte etc) spielte die politische Mitte und damit unsere Fraktion CVP-EVP-glp eine entscheidende Rolle. Wenn wir geschlossen politisieren, werden wir in vielen Dossiers die Führung übernehmen können, weil sich die polarisierenden Gruppen gegenseitig blockieren. Wir sind darum auch am Erarbeiten eines politischen Schwerpunkteprogrammes und eines Verhaltenskodexes und ich freue mich über unsere gute Zusammenarbeit.

Mit herzlichen Grüssen

Verena Diener
Ständerätin